

MDR: Krankenkassen verschwenden Beitragsgelder

Ungezählte Mitarbeiter von Krankenkassenverbänden bekommen Geld fürs Zu-Hause-Bleiben – die Krankenkassen verschwenden so Beitragsgelder, empört sich der MDR in einem Beitrag der „Umschau“. Schuld sei daran aber letztlich die Politik: Dass die Mitarbeiter fürs Nichtstun bezahlt werden müssten, sei ein Ergebnis der Gesundheitsreform. Das Gesetz verlange zwar einen neuen Spitzenverband, der die sieben Bundesverbände der Kassen ablöst, verbiete aber gleichzeitig betriebsbedingte Kündigungen bis 2012.

Als Paradebeispiel stellt der Sender „Sylvia W.“ vor. Die schreibt gerade ihren ersten Kriminalroman – während ihrer Arbeitszeit. Sie ist beim Bundesverband der Innungskrankenkassen (IKK) angestellt, bekommt ihr volles Gehalt und muss nicht arbeiten. „Dem Beitragszahler kann man so was natürlich nicht erklären, wenn man gefragt wird. Ich habe in meinem Umfeld viele IKK-Versicherte wohnen, die gucken mich mittlerweile schon an und sagen: Denk dran, du lebst auf unsere Kosten“, zitiert der MDR die Frau.

Der neue Spitzenverband mit Sitz in Berlin beschäftige etwa 200 Mitarbeiter. „Einziger Haken: Der neue Verband kam, doch die alten sind geblieben“ – obwohl sie ihre gesetzlichen Aufgaben verloren haben – jetzt stehe Lobbyarbeit auf dem Programm. So sei der AOK-Bundesverband sogar in ein „opulentes Gebäude“ nach Berlin umgezogen, so der MDR. „Hier sind 350 Mitarbeiter angestellt. Ähnlich sieht es auch beim Verband der Ersatzkrankenkassen aus. Er sitzt zwar noch in Siegburg, aber der Umzug nach Berlin in ein ebenso opulentes Haus wie das der AOK soll noch in diesem Sommer passieren.“

Die IKK, die Angestellte fürs Nichtstun bezahle, sei dabei eigentlich noch ein gutes Beispiel: Anders als die anderen werde der IKK-Bundesverband tatsächlich abgewickelt, die Lobbyarbeit übernehme ein Verein mit zehn Mitarbeitern. Mehr als hundert Angestellte seien woanders untergebracht worden, für noch einmal genauso viele habe es keine Arbeit mehr gegeben. Was dann passierte, schildert der Sender so: „Die Mitarbeiter wollten ihre Stelle aber nicht verlieren und haben bei Politikern wie der SPD-Abgeordneten Elke Ferner um Hilfe gebeten - mit Erfolg. Nachträglich wurde in das Sozialgesetzbuch, in dem die Umstrukturierung der Kassenorganisation beschlossen wurde, noch ein Passus eingefügt: Bis Ende 2012 sind betriebsbedingte Kündigungen unzulässig.“

Für die Versicherten bedeute das nun etwa 20 Prozent höhere Kosten als vor der Reform. Bei der Techniker Krankenkasse etwa zahle jedes Mitglied 1,01 Euro für den neuen Spitzenverband. „Der Anteil für den immer noch bestehenden eigenen Bundesverband hat sich nur unmerklich von 3,05 auf 2,69 Euro reduziert. Macht nun insgesamt 3,70 Euro.“

Politiker und das Bundesgesundheitsministerium zeigten sich dem Bericht nach „überrascht“. „Offenbar vergessen die Politiker bei ihren Vorschlägen, was sie selbst in das Gesetz eingefügt haben“, kritisiert der Sender.

Mi, 24.06.2009 17:01 / ks